

Kreistags-Sitzung am 12.03.2025 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: -		
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung

Antrag der AfD-Fraktion vom 25.02.2025

Hier: Antrag auf Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen unzureichender Finanzausstattung

Beschlussvorlage:

Die AfD-Fraktion beantragte mit Schreiben vom 25.02.2025 die sofortige Einleitung einer Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz, um eine rechtmäßige und ausreichende Finanzausstattung über den Kommunalen Finanzausgleich zu erzwingen.

Am 12.02.2025 wurde im Rahmen einer Kreisausschusssitzung bereits darüber diskutiert, eine Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz einzureichen. Hier bat der Vorsitzende die Ausschussmitglieder, Anträge auf Klage bis nach dem Gespräch mit der Landesregierung zurückzustellen.

Im Rahmen dieser Kreisausschusssitzung wurde beschlossen, dass der Landrat beauftragt wird, den Ministerpräsidenten zu einem Gespräch in die Kreisgremien einzuladen. Erst danach soll eine Abwägung stattfinden, ob eine Klage gegen das Land eingereicht wird (Anlage 1).

Ein entsprechendes Schreiben wurde am 26.02.2025 an den Ministerpräsidenten verschickt (Anlage 2).

Die mündlichen Anträge der CDU und AfD aus der Kreisausschusssitzung sind zurückgestellt.

Aufgrund des Beschlusses der Kreisausschusssitzung vom 12.02.2025 empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung des o.g. Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den Antrag der AfD-Fraktion vom 25.02.2025 abzulehnen, da in einem ersten Schritt das Gespräch zu dem Ministerpräsidenten geführt werden soll. Erst danach soll in Abwägung stattfinden, ob eine Klage gegen das Land eingereicht wird.

Anlage 1

- Auszug aus der Niederschrift -

Kreisausschuss –Sitzung am 12.02.2025		Gesetzliche Mitgliederzahl: 11		
-öffentlicher Teil-		davon anwesend: 11		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		11	0	0

Haushalt 2025

hier: Bericht aus dem Haushaltsgespräch 2025 mit der ADD

Der Vorsitzende berichtete von dem Haushaltsgespräch mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), welches am 5.2.2025 in Trier stattfand. Demnach schloss er bei der Vorlage eines Haushaltes mit einem Fehlbetrag von 30,7 Millionen Euro im Ergebnishaushalt ein Aufklärungsersuchen oder eventuell eine Globalbeanstandung von der ADD nicht aus. Die ADD erwartet Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung. Diese Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sollten in einem Konzept aufgelistet und vom Kreistag beschlossen werden. Der Wille zur Haushaltsdisziplin muss erkennbar sein.

Die Verwaltung müsse nun überlegen, in welchen Bereichen weitere Einsparungen getätigt werden können. Insgesamt ist zu beobachten, dass im Haushaltsjahr 2025 lediglich bei zwei bis drei Landkreisen in Rheinland-Pfalz ein ausgeglichener Haushalt vorliegt.

Anschließend ging der Referatsleiter des Bereichs Finanzen, Herr Schnitzer, auf weitere Einsparmöglichkeiten anhand einer Präsentation ein. Überwiegend durch die Kalkulation der Personalkosten, ausgehend von den tatsächlich verbuchten Aufwendungen im Januar 2025 und der leicht eingetretenen Zinssenkung durch die EZB, konnte das Defizit auf rund 24 Millionen Euro reduziert werden.

Zu einer möglichen Beanstandung durch die ADD äußerte sich Herr Lothschütz (CDU) dahingehend, dass in jedem Fall eine Handlungsunfähigkeit der Verwaltung bei einer Globalbeanstandung einhergeht. Dies müsse verhindert werden.

Er sei ein Vertreter des Gespräches. Deshalb solle, bevor eine Klage geprüft werde, die Verwaltung und die Kreisgremien das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten suchen, um mit dem Ministerpräsidenten unsere ausweglose Situation zu besprechen und Lösungen zu finden. Sollte dies erfolglos sein, halte er die Prüfung einer Klage für sinnvoll.

Er stellte daraufhin den Antrag: „Der Kreisausschuss beauftragt den Landrat, den Ministerpräsidenten zu einem Gespräch in die Kreisgremien einzuladen. Erst danach soll eine Abwägung stattfinden, ob eine Klage gegen das Land eingereicht wird.“

Herr Zimmer (AfD) verwies darauf, dass die Kommunen immer mehr erhalten müssen und beobachtete, dass alle bisherige Resolutionen im Sand verlaufen sind. Auch er beantragt zu klagen.

Da sich der Großteil der anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz in einer gleichen Situation befindet, sprach sich Herr Neu (AfD) dafür aus, dass diese Kommunen auch gegen den Haushaltsentwurf stimmen sollten und ein gemeinsames Gespräch in Mainz suchen und eine gemeinsame Klage einreichen sollten.

- Auszug aus der Niederschrift -

Auch Frau Schillo (FWG) hielt es für sinnvoll, in einem ersten Schritt das Gespräch zum Ministerpräsidenten zu suchen. Ohnehin muss zuerst rechtlich geklärt werden, ob eine Klage gegen das Land zulässig ist.

Herr Leixner (VOTUM) fände es zielführender, wenn die Verwaltung den Haushalt für das Jahr 2025 in vorgelegter Form ohne eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage durchbekomme.

Im Anschluss an die Diskussion ging der Vorsitzende auf den Antrag von der CDU-Fraktion ein und stellte den eingebrachten Antrag auf ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zur Abstimmung. Er hat die anderen Fraktionen - was in der Folge auch geschehen ist - gebeten, ihre Anträge auf Klage, bis nach dem Gespräch, zurückzustellen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beauftragt den Landrat, den Ministerpräsidenten zu einem Gespräch in die Kreisgremien einzuladen. Erst danach soll eine Abwägung stattfinden, ob eine Klage gegen das Land eingereicht wird.



DER LANDRAT DES LANDKREISES KUSEL

Herrn Ministerpräsident
Alexander Schweitzer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

26.02.2025

Kommunale Finanzen – Einladung zu einem Gesprächstermin

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Schweitzer,

das Thema „Kommunale Finanzen“ ist ein Thema, das uns bereits seit Jahren umtreibt und immer wieder vor große Probleme und Herausforderungen stellt. Unsere defizitäre Haushaltslage wird sich – trotz verschiedener Konsolidierungs- und Entschuldungsprogramme – auch in den nächsten Jahren nicht grundlegend verbessern.

Bei der Aufstellung unseres kommunalen Haushalts für das Haushaltsjahr 2025 wurde auch in diesem Jahr – wie in den Jahren zuvor - ganz deutlich, dass wir aus eigener Kraft nicht zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können. In diesem Jahr liegt unser erwartetes Defizit – unter Ausschöpfung aller Einsparpotentiale – bei rd. 24 Millionen Euro. Dieses Minus resultiert zum größten Teil aus den ungedeckten Ausgaben in den Bereichen Soziales und Jugend – Pflichtaufgaben der Kommunen, für die uns Bund und Land nicht ausreichend ausstattet.

Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren bereits einige Resolutionen zum Thema Haushalt und Finanzen auf den Weg gebracht und mit zahlreichen Schreiben an verschiedene Ministerien und Ansprechpartner wiederholt um Unterstützung seitens des Landes ersucht – leider bislang ohne Erfolg.

In den letzten Sitzungen des Kreisausschusses des Landkreises Kusel am 17.01.2025, am 28.01.2025 und am 12.02.2025 stand das Thema Haushalt 2025 auf der Tagesordnung. Dabei wurde ausgiebig über unsere dramatische Haushaltssituation diskutiert und auch eine Klage gegen das Land erwogen, da wir in diesem Jahr einen unausgeglichenen Haushalt mit etwa 24 Millionen Euro beschließen müssen. Trotz einer Teilentschuldung durch das Land im Sommer 2024 und das Förderprogramm „regional.zukunft.nachhaltig“ sieht sich der Landkreis in einer ausweglosen Situation.

-1-

Auf Antrag der CDU-Fraktion war sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 12.02.2025 einig, dass wir - bevor wir den Weg einer Klage gehen – im Vorfeld mit Ihnen das Gespräch suchen sollten. Ziel dieses nichtöffentlichen Austausches sollte sein, Ihnen unsere Argumente und Standpunkte darzulegen, um möglichst schnell Lösungen und Perspektiven für den Landkreis entwickeln zu können.

Angesichts der vielfältigen Probleme, die unsere strukturschwache Region besonders hart treffen, brauchen wir als Kommunen die Unterstützung des Landes.

Die Unterstützung des Landes benötigen wir JETZT und nicht erst nach einer für das Jahr 2026 geplanten Evaluation (siehe auch unsere Resolution vom 28.02.2024).

Gerne würden wir uns mit Ihrem Vorzimmer in Verbindung setzen, um einen Termin für einen persönlichen Austausch mit Ihnen zu vereinbaren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Otto Rubly', with a long, sweeping tail stroke extending downwards and to the right.

Otto Rubly
Landrat Landkreis Kusel

PS: Mit meinem Aufruf nach einem Masterplan Westpfalz, direkt nach der Kommunalwahl im Sommer 2024, habe ich bereits einen drastischen Hilferuf an das Land gesendet.

Die Wahlen am vergangenen Wochenende haben erneut gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Region mit der aktuellen Situation unzufrieden sind. Jetzt sind klare Signale an die Menschen gefordert! Signale, dass ihre Sorgen und Bedenken ernst genommen werden und die politischen Vertreter sich für ihre Belange einsetzen.